



LAND
BRANDENBURG

Ministerium für Arbeit, Soziales,
Frauen und Familie

sozial spezial

**Daten und Fakten
zur Pflege im
Land Brandenburg**

*Bestandsaufnahme
und Ausblick*



3



Daten und Fakten zur Pflege im Land Brandenburg

Bestandsaufnahme und Ausblick

Inhalt

Vorwort	3
1. Einleitung	4
2. Bedarfs- und Versorgungsstrukturen in Brandenburg	6
2.1 Pflegebedürftige in Brandenburg	6
2.2 Ambulante Dienste und stationäre Einrichtungen in Brandenburg	12
2.3 Beschäftigung in Einrichtungen der ambulanten und stationären Pflege in Brandenburg	14
3. Pflegelandschaft 2030 – eine Projektion für das Land Brandenburg unter Status-Quo-Bedingungen	20
4. Fazit	29

Abbildungen

1 Anteil der pflegebedürftigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung	8
2 Pflegebedürftige nach Art der Versorgung in Brandenburg 2011	9
3 Beschäftigungsentwicklung in Diensten und Einrichtungen insgesamt und nach Tätigkeit in der Pflege zwischen 2001 und 2011	16
4 Projektion der Zahl der Pflegebedürftigen nach Art der Versorgung in Brandenburg bis 2030	23
5 Projektion zur Beschäftigung in der ambulanten Pflege in Brandenburg bis 2030 ...	24
6 Projektion zur Beschäftigung in der stationären Pflege in Brandenburg bis 2030 ...	25
7 Personalbedarfe in der ambulanten und stationären Versorgung im Bereich Pflege (alle Berufe)	26
8 Jährliche Personalmehrbedarfe in der ambulanten und stationären Versorgung im Bereich Pflege (alle Berufe)	27

Tabellen

1 Zahl an Pflegebedürftigen in Brandenburg und seinen Kreisen 2001 bis 2011	6
2 Pflegebedürftige nach Pflegestufe in Brandenburg in 2011	10
3 Ambulante Dienste im Land Brandenburg	12
4 Stationäre Einrichtungen im Land Brandenburg	13
5 Beschäftigte in ambulanten Diensten und stationären Einrichtungen in Brandenburg	15
6 Betreuungsquote in der ambulanten und stationären Pflege in Brandenburg in Vollzeitäquivalenten im Jahr 2011	18
7 Pflegeprävalenz in Brandenburg im Jahr 2011 nach Alter und Geschlecht	21
8 Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung nach Geschlecht in ausgewählten Altersgruppen zwischen 2001 und 2011 – Prüfung der Kompressionsthese	22



Liebe Leserinnen und Leser,

gut die Hälfte von uns wird im Alter eine Zeit lang pflegebedürftig sein – es sind derzeit knapp 4 Prozent der Bevölkerung und aufgrund des demografischen Wandels im Jahr 2030 möglicherweise schon über 7 Prozent. Die Sicherung eines würdevollen und selbstbestimmten Lebens auch mit Pflegebedarf ist schon lange kein Randthema mehr – es ist eine der zentralen sozialpolitischen Herausforderungen für die nächsten Jahre und Jahrzehnte.

Um Handeln zu können, sind gesicherte Daten und deren sachgerechte Interpretation notwendig. Wir erarbeiten dazu bis Herbst 2013 eine umfangreiche wissenschaftliche Pflegestudie. Ich freue mich, Ihnen hieraus Ergebnisse für die aktuelle Diskussion in dieser Ausgabe von *sozial spezial* vorstellen zu können.

Für die künftige Pflege haben wir eine gute Ausgangslage geschaffen: Brandenburg ist das Bundesland mit dem höchsten Anteil der Pflegebedürftigen, die ambulant gepflegt und betreut werden. Es ist nicht hoch genug einzuschätzen, was hierfür in den Familien und Nachbarschaften, von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, von Pflegestützpunkten und von ambulanten Pflegediensten geleistet wird.

Und auch die meisten stationären Einrichtungen in Brandenburg leisten richtig gute Arbeit. Nicht nur in der Pflegequalität, sondern auch in ihrer Haltung, den Pflegebedürftigen einen neuen Ort für ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu bieten und eben nicht „fürsorglich zu bevormunden“. Und nicht zuletzt: Die Anzahl der Auszubildenden in der Altenpflege und Altenpflegehilfe ist in den letzten Jahren beständig gestiegen.

Vorwort

Diese gute Ausgangslage ist uns Ansporn, auch die Herausforderungen zu meistern: Durch Geburtenrückgang, Wegzüge und einen steigenden Anteil von berufstätigen Frauen wird in vielen Familien die Anzahl der Schultern weniger, auf die sich die Aufgaben der Pflege und Betreuung verteilen. Gleichzeitig wird es schwierig, den zusätzlichen Personalbedarf auch in den stationären Einrichtungen mit Fachkräften zu decken.

Die meisten von uns wünschen sich, im Alter in einer vertrauten Umgebung zu leben. Politik hat die Aufgabe, hierfür gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Pflege kann weder alleinige Aufgabe der Familien sein, noch an ein rein professionelles Vollversorgungssystem delegiert werden. Die Pflegeversicherung ist ein wichtiger Teil, aber eben auch nur ein Teil der Antwort. Wir kämpfen auf der Bundesebene dafür, dass sie einen erweiterten Pflegebedürftigkeitsbegriff erhält, damit insbesondere für Menschen mit Demenz alle Unterstützungsbedarfe in den Blick genommen werden. Und wir kämpfen dafür, dass die Leistungen der Pflegeversicherung so flexibel ausgestaltet werden, dass individuelle und passgenaue Lösungen besser möglich werden. Von zentraler Bedeutung ist, dass die Leistungen der Pflegeversicherung in eine Pflegepolitik auf örtlicher Ebene eingebettet sind. Nur dort kann der jeweils notwendige Hilfe-Mix organisiert werden, in dem Selbsthilfe, Nachbarschaft und Ehrenamt gestärkt und mit den hauptamtlichen Hilfen verbunden werden. Pflege ist ein Teil unseres Lebens, sie gehört in die Mitte der Gesellschaft. Ich freue mich, wenn Sie daran mitwirken und hoffe, dass Ihnen dieses Heft dafür wichtige Informationen bieten kann.

Ihr Günther Baaske
Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg



1. Einleitung



Der demografische Wandel wird in den kommenden Jahren zu einem deutlichen Anstieg des Anteils pflegebedürftiger Menschen an der Gesamtbevölkerung führen. Gleichzeitig wird es zu einem erheblichen Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials in Brandenburg kommen.

Die gemeinsame Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg 2010 prognostiziert für die Berufsfelder „Medizinische Dienste/Krankenpflege“ ein deutliches Ungleichgewicht zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeits-

kräftenachfrage: Bereits für das Jahr 2015 soll sich die Angebotslücke auf bis zu 18 Prozent belaufen, im Jahr 2030 soll das Arbeitskräfteangebot sogar 35 Prozent geringer als die Nachfrage nach Arbeitskräften ausfallen.

Zwar verweist diese Prognose eindeutig auf die Gefahr eines Fachkräftemangels in Kernbereichen der Gesundheitswirtschaft – im Rahmen der Berlin-Brandenburger Fachkräftestudie erfolgte aber keine differenzierte Betrachtung der pflegerischen Versorgung in Brandenburg.

Hinweis zur Methode¹

Der nachfolgende Bericht zur Situation der Pflege in Brandenburg beruht auf den Daten der Pflegestatistik sowie auf Bevölkerungszahlen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Entsprechend beschränken sich die Ausführungen auf die Leistungskategorien der Pflegeversicherung. Menschen mit Unterstützungsbedarf, die nicht im Sinne der Pflegeversicherung pflegebedürftig sind sowie informell befriedigter Pflegebedarf (trotz potenziellem Leistungsanspruch wird auf Leistungen nach dem SGB XI verzichtet) werden in der vorliegenden Analyse nicht berücksichtigt.

Die Pflegestatistik wird von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder seit Dezember 1999 zweijährlich durchgeführt.

Aktuell liegen die Daten bis zum Jahr 2011 vor. Ziel der Statistik ist es, Daten zum Angebot von und der Nachfrage nach pflegerischer Versorgung zu gewinnen.

Es werden daher Daten über die Pflegebedürftigen sowie über die Pflegeheime und ambu-

lantenteil der ambulanten Dienste einschließlich des Personals erhoben. Die Statistik setzt sich aus zwei Erhebungen zusammen:

1. Zum einen werden die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen befragt,
2. zum anderen liefern die Spitzenverbände der Pflegekassen und der Verband der privaten Krankenversicherung Informationen über die Empfänger von Pflegegeldleistungen – also die meist von Angehörigen gepflegten Leistungsempfänger.

Die im dritten Kapitel des Berichts ausgeführten Vorausberechnungen stellen eine Projektion der aktuellen Pflegesituation unter Status-Quo-Bedingungen dar. Aufgezeigt wird, wie die Brandenburger Pflegelandschaft im Jahr 2030 aussähe, wenn sich an den Bedarfs- und Versorgungsstrukturen von heute zukünftig nichts ändern würde.

Für die einzelnen Prognoseschritte wird erläutert, wie plausibel die getroffene Status-Quo-Annahme ist.

Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse der Pflegestatistik (Kapitel 2) sowie das darauf aufbauende Basisszenario zur Situation der Pflege in Brandenburg bis zum Jahr 2030 (Kapitel 3), sind im Rahmen der Brandenburger Fachkräftestudie Pflege erarbeitet worden.

Die kreisscharfe Aufbereitung der Pflegestatistik soll Unterschiede in der pflegerischen Versorgung innerhalb Brandenburgs aufzeigen. Ziel ist es, regionalspezifische Versorgungssituationen herauszuarbeiten und damit Gestaltungsspielräume bei der Organisation von Pflege vor Ort zu identifizieren.

Mit der Vorausberechnung der Zahl an Pflegebedürftigen sowie des Bedarfs an Pflegefachkräften soll aufgezeigt werden, welche Pflege- und Fachkräftebedarfe in Brandenburg entstehen würden, wenn die aktuellen Verhältnisse stabil blieben.

Hierbei geht es darum, den gegebenen Handlungsbedarf im Bereich Pflege zu verdeutlichen und mögliche Gestaltungsfelder (bspw. die Erhöhung der Vollzeitquote bei den Pflegefachkräften) aufzuzeigen. Damit reiht sich die Analyse in die aktuelle Zukunftsdebatte für Brandenburg ein.

Die zentral zu beantwortende Frage lautet:


„Wie wollen wir künftig leben und was muss dafür getan werden?“



¹ Die Hinweise zur Methode sind u. a. der Pflegestatistik des Bundesamtes für Statistik entnommen

2. Bedarfs- und Versorgungsstrukturen in Brandenburg

2.1 Pflegebedürftige in Brandenburg

Infolge der demografischen Entwicklung ist in den letzten 10 Jahren im Land Brandenburg wie auch in den Brandenburger Landkreisen und kreisfreien Städten ein stetiger Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen zu beobachten (Tabelle  1). Während im Land Brandenburg die Zahl der Pflegebedürftigen im Beobachtungszeitraum um knapp 43 Prozent zugenommen hat (von etwa 67 200 im Jahr 2001 auf fast 96 000 in 2011), ist es in einigen Landkreisen laut Statistik zu einer über- bzw. unterdurchschnittlichen Zunahme an Bedürftigen gekommen.

Hierbei sticht auf der einen Seite der Landkreis Märkisch-Oderland mit einem Zuwachs von beinahe 74 Prozent Pflegebedürftiger heraus. Auf der anderen Seite weist der Landkreis Spree-Neiße eine Zunahme an Pflegebedürftigen von nur knapp 8 Prozent auf. Da es sich bei der Entwicklung der Pflegebedürftigkeit um einen komplexen Tatbestand handelt, die Statistik der Pflegeversicherung aber bei kleinräumigen Analysen an ihre Grenzen stößt, ist es nur eingeschränkt möglich, die zu beobachtenden Zusammenhänge kausal zu erklären. Ein Grund für die relativ geringe Entwicklungsdynamik in Spree-Neiße dürfte im Rückgang an Pflege-


geldempfängern zwischen 2001 und 2011 liegen – was wiederum mit Wanderungsbewegungen Anfang der 1990 Jahre und damit einhergehenden Nachzügen der Eltern bei Pflegebedürftigkeit zu tun haben könnte. Umgekehrt überspitzt unter Umständen die Pflegestatistik die realen Entwicklungen für den Landkreis Märkisch-Oderland, da es durchaus möglich ist, dass ambulante Pflegedienste aus Märkisch-Oderland auch Pflegebedürftige aus Berlin versorgen – zumindest dann, wenn sie für beide Bundesländer einen Versorgungsvertrag mit den Pflegekassen abgeschlossen haben.²

Prozentpunkt über dem Brandenburger Durchschnitt von 3,8 Prozent Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölkerung. Am geringsten ist der Anteil an Pflegebedürftigen mit etwa 2,8 Prozent in der kreisfreien Stadt Cottbus. Das erklärt sich sowohl durch altersstrukturelle Unterschiede in den Landkreisen und kreisfreien Städten, kommt aber auch durch regionalspezifische Pflegeprävalenzen³ zu Stande.

 1 Zahl an Pflegebedürftigen in Brandenburg und seinen Kreisen 2001 bis 2011

	2001	2011	2001–2011	
Brandenburg (Land)	67 179	95 970	+28 791	+42,9%
Brandenburg an der Havel	1 720	2 309	+589	+34,2%
Cottbus	2 427	2 809	+382	+15,7%
Frankfurt (Oder)	1 550	2 140	+590	+38,1%
Potsdam	2 717	4 584	+1 867	+68,7%
Barnim	5 309	8 692	+3 383	+63,7%
Dahme-Spreewald	4 339	5 472	+1 133	+26,1%
Elbe-Elster	3 396	4 447	+1 051	+30,9%
Havelland	4 082	4 915	+833	+20,4%
Märkisch-Oderland	4 607	8 006	+3 399	+73,8%
Oberhavel	5 306	8 056	+2 750	+51,8%
Oberspreewald-Lausitz	3 301	3 997	+696	+21,1%
Oder-Spree	4 998	8 501	+3 503	+70,1%
Ostprignitz-Ruppin	3 378	4 943	+1 565	+46,3%
Potsdam-Mittelmark	5 331	6 402	+1 071	+20,1%
Prignitz	2 920	4 388	+1 468	+50,3%
Spree-Neiße	3 371	3 635	+264	+7,8%
Teltow-Fläming	3 870	5 787	+1 917	+49,5%
Uckermark	4 557	6 887	+2 330	+51,1%

Quelle: Pflegestatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen

Trotz der methodischen Einschränkungen und inhaltlichen Komplexität zeigen die Daten eindeutig, dass der demografische Wandel in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs in den letzten Jahren seine Wirkung entfaltet hat. Wesentlich für das Land Brandenburg ist hierbei die Gleichzeitigkeit von Schrumpfung und Alterung der Wohnbevölkerung, die eine Erhöhung der Zahl an Pflegebedürftigen trotz Bevölkerungsrückgang – und damit einen starken Anstieg des pflegebedürftigen Bevölkerungsanteils – zur Folge hatte (siehe Abbildung  1).

Am höchsten fällt aktuell der Anteil der Pflegebedürftigen im Norden Brandenburgs aus. Die Landkreise Ostprignitz-Ruppin (4,8 Prozent Pflegebedürftige), Barnim (4,9 Prozent Pflegebedürftige), Uckermark (5,4 Prozent Pflegebedürftige) und Prignitz (5,4 Prozent Pflegebedürftige), liegen (mehr als) einen

² Hieran wird ein Defizit der bisherigen Pflegestatistik deutlich. Durch das gewählte Erhebungsverfahren wird in der Pflegestatistik nicht die Zahl an Pflegebedürftigen je Landkreis (oder Bundesland) erfasst, sondern die Zahl der Pflegebedürftigen, die durch eine Pflegeeinrichtung am jeweiligen Standort versorgt werden. Berliner Pflegebedürftige, die durch einen ambulanten Dienst in Brandenburg versorgt werden, werden entsprechend der Brandenburger Pflegestatistik zugeordnet bzw. Pflegebedürftige aus Elbe-Elster die einen Cottbuser Pflegedienst nutzen, werden in der räumlichen Zuordnung Cottbus zugeschlagen. Diese

? Definitionen

Pflegegeld
Hier werden die Pflegebedürftigen zugeordnet, die Pflegegeld für selbstbeschaffte Pflegehilfen nach § 37 SGB XI erhalten. Dies sind Pflegebedürftige, die allein, z.B. durch Angehörige, ambulant versorgt werden.

Ambulante Dienste
Hier werden die Pflegebedürftigen erfasst, die von einem nach SGB XI zugelassenen ambulanten Pflegedienst Pflegesachleistungen (einschließlich Kombinationsleistungen oder häusliche Pflege bei Verhinderung der Pflegeperson) erhalten.

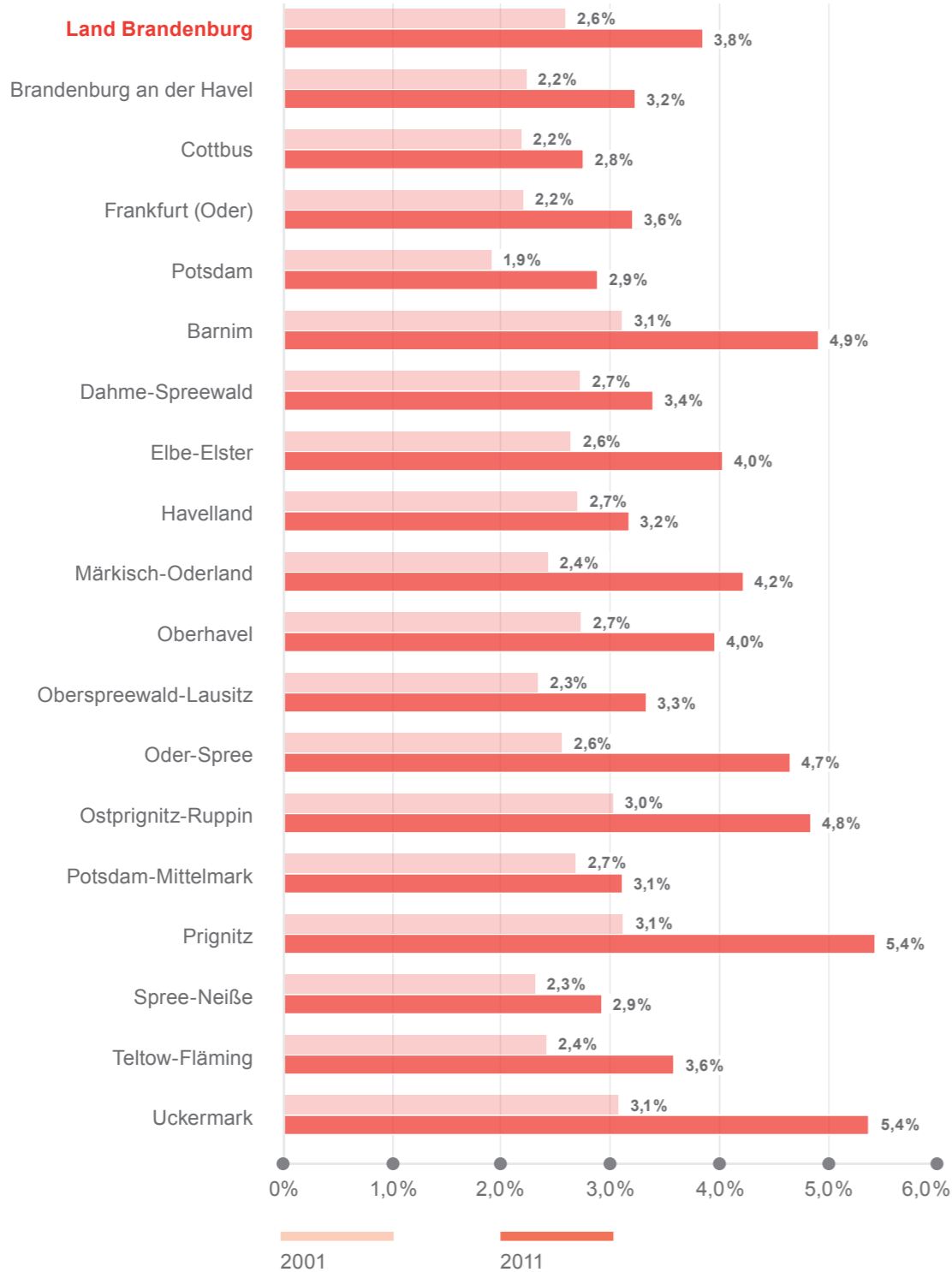
Stationäre Pflege
Hier werden die Pflegebedürftigen zugeordnet, die vollstationäre (Dauer- und Kurzzeitpflege) oder teilstationäre Pflege (Tages-/ Nachtpflege) durch die nach SGB XI zugelassenen Pflegeheime erhalten.

Schwäche der Statistik wird mit der Erhebung in 2013 überwunden worden sein. Aufgrund eines Bundesratsantrags Brandenburgs zum Pflege-Neuausrichtungsgesetz werden ab 2013 die Empfänger ambulanter Sachleistungen auch nach ihrem Wohnort erfasst.

³ Unter Pflegeprävalenz versteht man den relativen Anteil an Pflegebedürftigen an einer bestimmten Altersgruppe zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die Pflegeprävalenz beschreibt damit das Risiko, zu einem bestimmten Zeitpunkt mit einem bestimmten Alter pflegebedürftig zu werden.



1 Anteil der pflegebedürftigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in %



Quelle: Pflegestatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, Bevölkerungsstatistik des Bundesamtes für Statistik, eigene Berechnungen

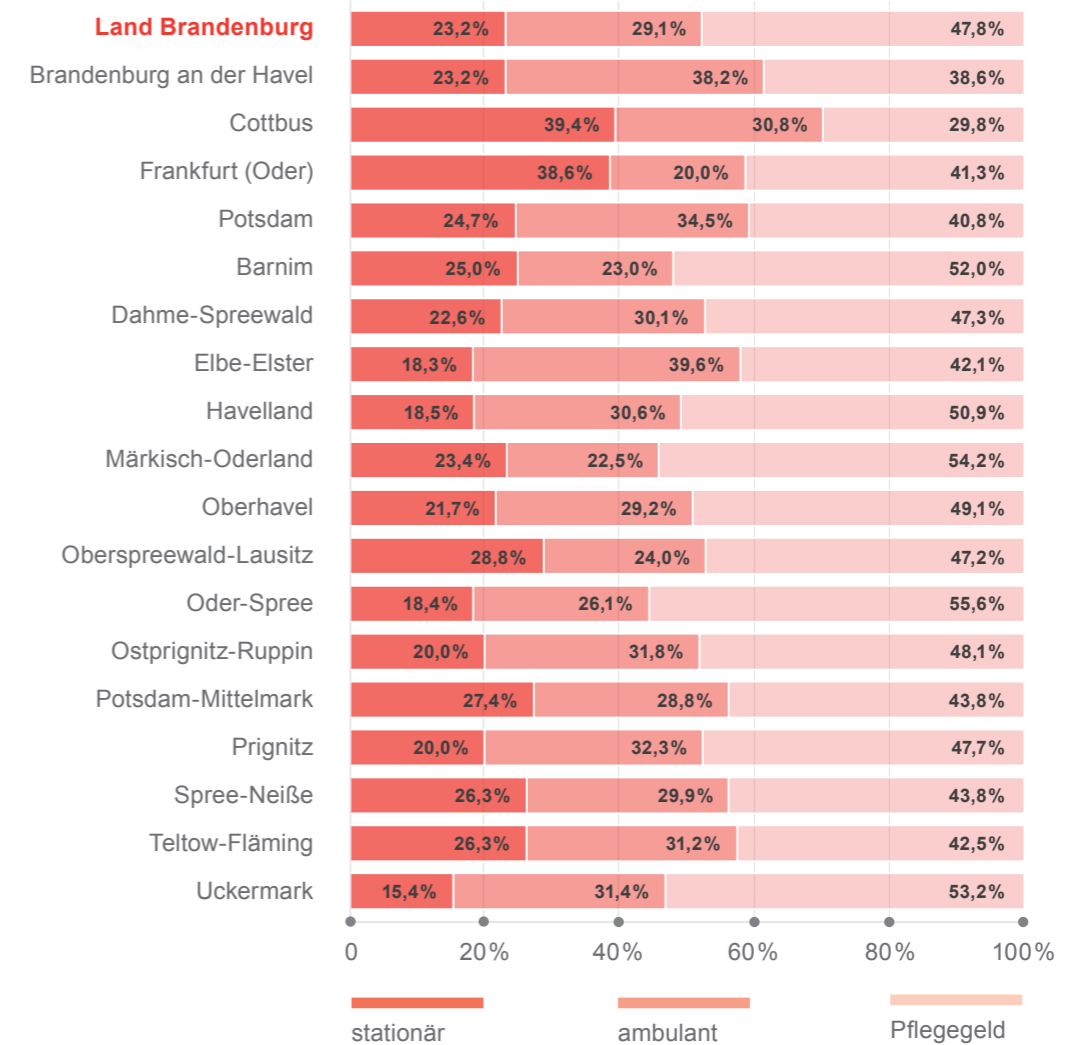


Der Blick auf die von den Pflegebedürftigen genutzte Art der Versorgung (Pflegegeld, ambulante Dienste und stationäre Pflege) zeigt, dass die Brandenburger Landkreise und kreisfreien Städte tendenziell vergleichbare Versorgungsstrukturen aufweisen (vgl. Abbildung 2).

knapp 77 Prozent. Damit belegt Brandenburg deutschlandweit einen Spitzenwert. Beispielsweise liegt der Anteil in Schleswig-Holstein der in der Häuslichkeit versorgten Pflegebedürftigen nur bei etwa 60 Prozent. Hervorzuheben ist darüber hinaus, dass in der Mehrzahl der Brandenburger Landkreise und kreisfreien Städte im Jahr 2011 die Zahl der durch ambulante Pflegedienste Versorgten höher liegt als die Zahl der in stationärer Pflege befindlichen Personen. Das hat zur Folge, dass Brandenburg das einzige

Der Anteil der in der Häuslichkeit versorgten Pflegebedürftigen (Pflegegeldempfänger und durch ambulante Dienste Betreute) beläuft sich in Brandenburg im Jahr 2011 auf

2 Pflegebedürftige nach Art der Versorgung in Brandenburg 2011 in %



Quelle: Pflegestatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen



Bundesland ist, in dem der Grundsatz ambulant vor stationär auch bei den Beziehern von Sachleistungen (also in der Bedeutung von stationären Einrichtungen zu ambulanten Diensten) umgesetzt werden konnte. Der Anteil stationär Versorgter variiert zwischen 15,4 Prozent in der Uckermark und über 39 Prozent in Cottbus.

Bei der Versorgung durch ambulante Dienste belegt der Landkreis Elbe-Elster mit einem Anteil von fast 40 Prozent an allen Pflegebedürftigen den Spitzenplatz. Am geringsten

fällt der Anteil der durch ambulante Dienste Versorgten in Frankfurt (Oder) mit 20,0 Prozent aus. Warum in den Landkreisen Oder-Spree (55,6 Prozent), Märkisch-Oderland (54,2 Prozent) und der Uckermark (53,2 Prozent) der Anteil der Pflegegeldempfänger überdurchschnittlich hoch ist⁴, lässt sich auf Basis der vorliegenden Datengrundlage nicht beantworten. Inwieweit etwa in diesen Landkreisen die familiären Hilfestrukturen stabiler sind als im Rest Brandenburgs bedarf der Klärung. Der unterdurchschnittliche Anteil an Pflegegeldempfängern in Cottbus

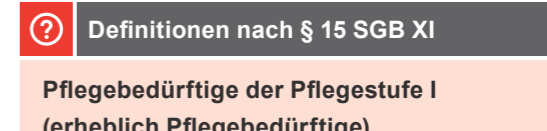
(29,8 Prozent), Brandenburg an der Havel (38,6 Prozent) und Potsdam (40,8 Prozent) dürfte u.a. der Infrastruktur der kreisfreien Städte im Bereich der stationären Einrichtungen und ambulanten Dienste geschuldet sein. Darüber hinaus spielen vermutlich unterschiedliche Familienstrukturen und nachbarschaftliche Verhältnisse zwischen Stadt und Land eine relevante Rolle.

Wie schon die absoluten Zahlen zeigen (Tabelle 2), weist die Verteilung der Pflegebedürftigen je Pflegestufe in den Brandenburger Landkreisen nur geringe strukturelle Unterschiede auf.

Der Anteil der Pflegebedürftigen (ohne Ausbildung) in der Pflegestufe I variiert im Jahr 2011 zwischen 51,3 Prozent (Landkreis Oder-Spree) und 57,4 Prozent in der Uckermark. In der Pflegestufe II weist Frankfurt (Oder) den geringsten Anteil an Pflegebedürftigen auf (30,9 Prozent). Der höchste Anteil findet sich in dieser Pflegestufe mit 36,4 Prozent im Landkreis Oder-Spree. Den geringsten Anteil an Pflegebedürftigen in der Pflegestufe III findet man mit 9,9 Prozent in Oberspreewald-Lausitz, Cottbus hat dort mit 14,3 Prozent den höchsten Anteil.

Grob lässt sich zusammenfassen, dass in Brandenburg mehr als die Hälfte der Pflegebedürftigen der Pflegestufe I zugeordnet sind, etwa ein Drittel der Bedürftigen die Pflegestufe II haben und zwischen 10 und 14 Prozent die Pflegestufe III.

Seit 2001 gab es in allen Landkreisen und kreisfreien Städte einen geringeren Anstieg um im Durchschnitt 7 Prozentpunkte des Anteils der Pflegebedürftigen mit Pflegestufe I. Der Anteil der Pflegebedürftigen in Pflegestufe II ist entsprechend zurückgegangen, der Anteil in Pflegestufe III blieb im Beobachtungszeitraum 2001 bis 2011 landesweit nahezu unverändert.



Definitionen nach § 15 SGB XI

Pflegebedürftige der Pflegestufe I (erheblich Pflegebedürftige)
sind Personen, die bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität für wenigstens zwei Verrichtungen aus einem oder mehreren Bereichen mindestens einmal täglich der Hilfe bedürfen und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.

Pflegebedürftige der Pflegestufe II (Schwerpflegebedürftige)
sind Personen, die bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität mindestens dreimal täglich zu verschiedenen Tageszeiten der Hilfe bedürfen und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.

Pflegebedürftige der Pflegestufe III (Schwerstpflegebedürftige)
sind Personen, die bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität täglich rund um die Uhr, auch nachts, der Hilfe bedürfen und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.

2 Pflegebedürftigen nach Pflegestufe in Brandenburg in 2011 (Anzahl)

	Pflegestufe I	Pflegestufe II	Pflegestufe III	Härtefälle	Insgesamt
Brandenburg (Land)	52 494	32 137	11 289	995	95 970
Brandenburg a.d.H.	1 309	720	280	33	2 309
Cottbus	1 469	931	401	26	2 809
Frankfurt (Oder)	1 171	661	305	52	2 140
Potsdam	2 615	1 445	524	17	4 584
Barnim	4 807	2 842	1 041	128	8 692
Dahme-Spreewald	2 980	1 857	631	47	5 472
Elbe-Elster	2 397	1 557	493	14	4 447
Havelland	2 783	1 550	580	68	4 915
Märkisch-Oderland	4 199	2 767	1 032	149	8 006
Oberhavel	4 532	2 704	820	44	8 056
Oberspreewald-Lausitz	2 279	1 319	397	16	3 997
Oder-Spree	4 363	3 091	1 044	125	8 501
Ostprignitz-Ruppin	2 660	1 650	633	73	4 943
Potsdam-Mittelmark	3 388	2 201	803	99	6 402
Prignitz	2 468	1 433	487	20	4 388
Spree-Neiße	1 950	1 235	448	12	3 635
Teltow-Fläming	3 169	1 948	666	39	5 787
Uckermark	3 955	2 226	704	33	6 887

Quelle: Pflegestatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen

⁴ Der Brandenburger Durchschnitt an Pflegegeldempfängern liegt im Jahr 2011 bei 47,8 Prozent.



2.2 Ambulante Dienste und stationäre Einrichtungen in Brandenburg

Entsprechend der steigenden Nachfrage nach Dienstleistungen in der pflegerischen Versorgung ist auch die Zahl der ambulanten Pflegedienste in Brandenburg in den letzten Jahren gestiegen⁵ (vgl. Tabelle 3). Vor allem ab dem Jahr 2005 kam es zu einem relevanten Aufwuchs.

In den Landkreisen und kreisfreien Städten stellt sich das Bild etwas differenzierter

dar. Während es in einigen Regionen im Beobachtungszeitraum quantitativ zu einem Rückgang an Pflegediensten gekommen ist, sind in anderen Regionen relevante Zuwächse zu beobachten. Überraschend ist zunächst, dass die Entwicklung der Zahl an Pflegediensten scheinbar nur bedingt etwas mit der Entwicklung der Bedarfswahlen zwischen 2001 und 2011 zu tun hat. Diese Tatsache erklärt sich im Wesentlichen durch die Verschiebung hin zu größeren Betriebseinheiten. Während die Zahl der ambulanten Pflegedienste mit weniger als 20 Pflegebedürftigen in der Betreuung in fast allen Landkreisen und kreisfreien Städten im Beobachtungszeitraum rückläufig war (eine Ausnahme bilden die kreisfreien Städte Cottbus und Frankfurt (Oder)), hat die Zahl größerer Betriebe mit über 50 Pflegebedürftigen in der Betreuung ausnahmslos zugenommen. Diese Entwicklung ist besonders in den berlinfernen Landkreisen ausgeprägt.

Im stationären Bereich verlief die Entwicklung der Einrichtungszahl zwischen 2001 und 2011 im Landesdurchschnitt genau wie in den meisten Landkreisen dynamischer und weniger wechselhaft als bei den ambulanten Diensten (Tabelle 4).

Sowohl im Land als auch in den Landkreisen und kreisfreien Städten kam es im Beobachtungszeitraum zu einem sukzessiven Anstieg der Einrichtungszahl bzw. zu einer Stabilisierung des erreichten Niveaus. Dass in diesem Bereich die betriebliche Entwicklungsdynamik geringer ist als in der ambulanten Versorgung, dürfte vor allem mit den deutlich höheren Investitionskosten und -risiken der stationären Pflege zusammenhängen. Im Brandenburger Durchschnitt fand das zu beobachtende Wachstum sowohl bei kleineren, als auch bei mittleren und größeren Betrieben statt: Die Zahl der stationären Einrichtungen mit unter 50 Pflegebedürftigen ist zwischen 2001 und 2011 um 47 Prozent



3 Ambulante Dienste im Land Brandenburg (Anzahl)

	2001	2011	2001 bis 2011
Brandenburg (Land)	516	598	+82
Brandenburg an der Havel	10	15	+5
Cottbus	23	26	+3
Frankfurt (Oder)	11	9	-2
Potsdam	22	29	+7
Barnim	31	39	+8
Dahme-Spreewald	33	38	+5
Elbe-Elster	33	38	+5
Havelland	33	34	+1
Märkisch-Oderland	27	39	+12
Oberhavel	45	44	-1
Oberspreewald-Lausitz	25	26	+1
Oder-Spree	34	34	0
Ostprignitz-Ruppin	29	39	+10
Potsdam-Mittelmark	37	42	+5
Prignitz	18	24	+6
Spree-Neiße	35	33	-2
Teltow-Fläming	34	37	+3
Uckermark	36	52	+16

Quelle: Pflegestatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen

⁵ Die Pflegedienste und -einrichtungen entstehen allein aufgrund unternehmerischer Entscheidungen. Rechtsan-

spruch auf Zulassung zur Versorgung besteht dann, wenn die entsprechenden Anforderungen nach SGB XI erfüllt sind.

4 Stationäre Einrichtungen im Land Brandenburg (Anzahl)

	2001	2011	2001 bis 2011
Brandenburg (Land)	267	400	+133
Brandenburg an der Havel	9	10	+1
Cottbus	11	19	+8
Frankfurt (Oder)	9	14	+5
Potsdam	13	19	+6
Barnim	26	37	+11
Dahme-Spreewald	14	21	+7
Elbe-Elster	6	13	+7
Havelland	13	24	+11
Märkisch-Oderland	22	35	+13
Oberhavel	21	29	+8
Oberspreewald-Lausitz	10	19	+9
Oder-Spree	19	25	+6
Ostprignitz-Ruppin	16	22	+6
Potsdam-Mittelmark	22	30	+8
Prignitz	7	18	+11
Spree-Neiße	18	23	+5
Teltow-Fläming	15	22	+7
Uckermark	16	20	+4

Quelle: Pflegestatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen



gestiegen (von 128 auf 188). Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Einrichtungen mit 51 bis 100 Pflegebedürftigen von 87 auf 141 (was einer Zunahme von 54 Einrichtungen in dieser Größenklasse bzw. einem Plus von gut 62 Prozent entspricht). Bei den Pflegeheimen mit über 100 Bedürftigen ist die Zahl immerhin von 52 Einrichtungen im Jahr 2001 auf 71 im Jahr 2011 gestiegen (plus 37 Prozent).

In den berlinnahen Landkreisen wurden vor allem Kapazitäten bei den mittelgroßen stationären Pflegeeinrichtungen (51 bis 100 Pflegebedürftige) aufgebaut. Hier sticht der Landkreis Barnim (mit einem Aufwuchs von 10 Einrichtungen zwischen 2001 und 2011) hervor.

In den berlinfernen Regionen hat vor allem die Anzahl der stationären Pflegeeinrichtungen mit weniger als 50 Pflegebedürftigen zugenommen. Insgesamt ist in den Landkreisen Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Ostprignitz-Ruppin, Prignitz, Spree-Neiße und Uckermark zwischen 2001 und 2011 die Zahl solcher Einrichtungen von 34 auf 59 gestiegen. Das Plus von 25 Einrichtungen entspricht einer relativen Zunahme in dieser Betriebsgrößenklasse von über 70 Prozent. Die Annahme, dass in den peripheren Regionen mit kleineren Betriebseinheiten auf den demografischen Wandel reagiert wird, um eine möglichst wohnortnahe Versorgung gewährleisten zu können, ist zumindest plausibel.

Dabei muss eine stabile Betriebsanzahl im Zeitverlauf nicht heißen, dass es nicht Vielzahl Insolvenzen und Neugründungen gegeben haben könnte. Darüber hinaus können Betriebe im Beobachtungszeitraum zwischen den Betriebsgrößenklassen wechseln. Das dürfte vor allem für solche Betriebe gelten, deren Vollaustattung knapp über den gewählten Betriebsgrößentypen liegt.

2.3 Beschäftigung in Einrichtungen der ambulanten und stationären Pflege in Brandenburg

Da es sich bei der Pflege um personenbezogene Dienstleistungen mit geringem Rationalisierungspotenzial handelt, schlägt die steigende Nachfrage direkt auf die Beschäftigungszahlen in diesem Sektor durch. Entsprechend sind die Beschäftigtenzahlen in diesem Bereich in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs zwischen 2001 und 2011 gestiegen (Tabelle 5). Wesentliche Wachstumsschübe fanden hierbei zwischen 2005 und 2007 statt.

Im Durchschnitt sind die Beschäftigtenzahlen in Brandenburg zwischen 2001 und 2011 um gut 78 Prozent gestiegen. Am geringsten fiel der relative Beschäftigungszuwachs mit einem Plus von etwa 36 Prozent in Spree-Neiße aus. Am stärksten war das relative Beschäftigungswachstum in den Landkreisen Barnim (plus 100,2 Prozent), Oder-Spree (plus 103,4 Prozent) und der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) (plus 111,2 Prozent). In allen drei Landkreisen ist es im Beobachtungszeitraum zu mehr als einer Verdoppelung der Beschäftigten in den Diensten und Einrichtungen der Pflege gekommen.

Hinter dieser Entwicklungsdynamik stehen unterschiedliche regionale Entwicklungsprozesse. In einigen Landkreisen ist es in den letzten Jahren zu einem überdurchschnittlichen Beschäftigungsaufbau bei den ambulanten Diensten gekommen, in anderen sind vor allem die Beschäftigtenzahlen im stationären Bereich stark gestiegen.

Die Herausforderungen, vor denen die regionalen Arbeitsmärkte infolge des steigenden Fachkräftebedarfs in der Pflege stehen, unterscheiden sich damit in relevantem Maße. Entsprechend bedarf es regional angepasster Strategien der Fachkräftesiche-



5 Beschäftigte in ambulanten Diensten und stationären Einrichtungen in Brandenburg (Anzahl)

	2001	2011	2001–2011	
Brandenburg (Land)	16 197	28 885	+12 688	+78,3%
Brandenburg an der Havel	584	1 089	+505	+86,5%
Cottbus	714	1 264	+550	+77,0%
Frankfurt (Oder)	438	925	+487	+111,2%
Potsdam	764	1 480	+716	+93,7%
Barnim	1 140	2 282	+1 142	+100,2%
Dahme-Spreewald	943	1 474	+531	+56,3%
Elbe-Elster	717	1 260	+543	+75,7%
Havelland	936	1 566	+630	+67,3%
Märkisch-Oderland	1 146	2 127	+981	+85,6%
Oberhavel	1 402	2 220	+818	+58,3%
Oberspreewald-Lausitz	771	1 353	+582	+75,5%
Oder-Spree	1 108	2 254	+1 146	+103,4%
Ostprignitz-Ruppin	786	1 434	+648	+82,4%
Potsdam-Mittelmark	1 289	2 164	+875	+67,9%
Prignitz	632	1 153	+521	+82,4%
Spree-Neiße	886	1 206	+320	+36,1%
Teltow-Fläming	1 005	1 928	+923	+91,8%
Uckermark	936	1 706	+770	+82,3%

Quelle: Pflegestatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen

rung und -entwicklung, um den Personalbedarfen vor Ort gerecht werden zu können.

In der Pflegestatistik werden nicht nur die Beschäftigtenzahlen insgesamt, sondern auch die Zahl der Beschäftigten nach Berufsgruppen und Tätigkeitsbereichen differenziert ausgewiesen.⁶ Der Blick auf die Entwicklungsdynamik in einzelnen Tätigkeitsbereichen zeigt, dass in den letzten Jahren – wie zu erwarten – die Pflege (in Abgrenzung zu Leitungsfunktionen und haustechnischen

Tätigkeiten) in fast allen Landkreisen in Brandenburg überdurchschnittlich an Bedeutung gewonnen hat. Das gilt zumindest dann, wenn man ein breites Verständnis von pflegerischen Tätigkeiten zu Grunde legt.

In der Abbildung 3 wurden aus dem Bereich der stationären Versorgung die Kategorien „Pflege und Betreuung“, „soziale Betreuung“ sowie „zusätzliche Betreuung nach § 87 b SGB XI“ unter den Bereich Pflege subsumiert. Bei der ambulanten Versorgung

⁶ Aktuell werden 20 Berufsgruppen und fünf Tätigkeitsfelder in der ambulanten sowie die gleichen 20 Berufsgruppen

und sieben Tätigkeitsfelder in der stationären Versorgung unterschieden.

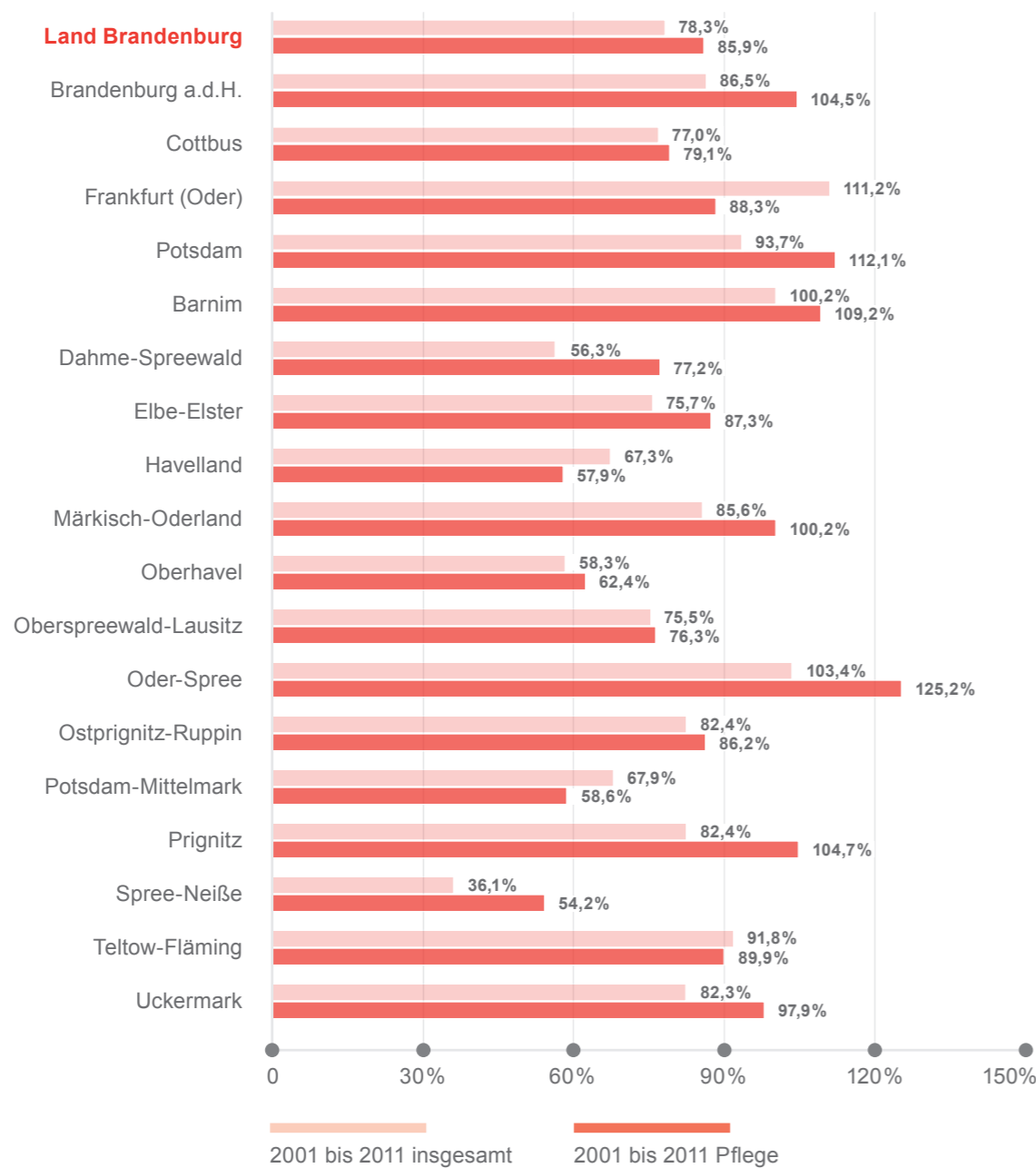




wurden die Bereiche „Grundpflege“ und „hauswirtschaftliche Versorgung“ berücksichtigt. Die Abbildung zeigt, dass in fast allen Landkreisen und kreisfreien Städten (mit Ausnahme vom Frankfurt (Oder), dem Ha-

velland und von Teltow-Fläming)⁷ der Bereich Pflege stärker gewachsen ist als die Beschäftigung insgesamt. Im Land hat die Zahl der in der Pflege Beschäftigten zwischen 2001 und 2011 um knapp 86 Prozent

3 Beschäftigungsentwicklung in Diensten und Einrichtungen insgesamt und nach Tätigkeit in der Pflege zwischen 2001 und 2011 in %



Quelle: Pflegestatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen

zugenommen (während die Gesamtbeschäftigung in den Diensten und Einrichtungen „nur“ um gut 78 Prozent gewachsen ist). In Spree-Neiße (mit der geringsten Entwicklungsdynamik) beläuft sich das relative Wachstum auf immerhin noch etwa 54 Prozent. In Oder-Spree ist es mit einem Plus von über 125 Prozent zu deutlich mehr als einer Verdopplung der in der Pflege beschäftigten Personen gekommen.⁸

Ausgehend von der Zahl der Beschäftigten in der ambulanten und stationären Versorgung sowie der Zahl an Pflegebedürftigen, die ambulante Leistungen in Anspruch nehmen bzw. in Pflegeheimen versorgt werden, lässt sich in einem nächsten Arbeitsschritt die sog. Betreuungsquote für Brandenburg berechnen.

Da sich das Leistungsspektrum und die organisatorischen Rahmenbedingungen in der ambulanten und stationären Pflege stark unterscheiden, ist es notwendig, bei der Betrachtung der Betreuungsquoten zwischen diesen beiden Bereichen zu unterscheiden. Zu berücksichtigen ist darüber hinaus, dass die Betreuungsquoten durch unterschiedliche Beschäftigungsstrukturen in den Landkreisen verzerrt werden könnten. In einem Kreis mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigung läge die Betreuungsquote (bezogen auf Personen) deut-

⁷ Diese besondere Situation könnte der Entwicklung im Bereich der sonstigen Beschäftigung geschuldet sein. In allen drei Landkreisen ist die Beschäftigung in dieser Kategorie in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark gewachsen. 2011 lag der Beschäftigtenanteil in den Einrichtungen der ambulanten und stationären Pflege in Frankfurt (Oder) bei 8,4 Prozent, in Teltow-Fläming bei fast 10 und im Havelland sogar bei 14 Prozent (der Brandenburger Durchschnitt lag im gleichen Jahr bei gut 6 Prozent). Wesentlich hierfür sind die Entwicklungen im Bereich der ambulanten Versorgung: Im Durchschnitt werden in Brandenburg gut 10 Prozent der Beschäftigten in der ambulanten Pflege diesem Tätigkeitsfeld zugeordnet. In der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder), im Landkreis Havelland und in Teltow-Fläming werden über 20 Prozent der im ambulanten Bereich Beschäftigten in dieser Kategorie erfasst. Die Entwicklungen in den 15 anderen Kreisen und kreisfreien Städten

Definition

Betreuungsquote
Die Betreuungsquote beschreibt das Verhältnis von Beschäftigten in der Pflege zu Pflegebedürftigen. Eine Betreuungsquote von 0,5 bringt zum Ausdruck, dass jeder Pflegebedürftige auf den halben Leistungsbeitrag einer Pflegekraft zurückgreifen kann bzw. jede Pflegekraft im Durchschnitt zwei Pflegebedürftige versorgt. Bei einer Betreuungsquote von 0,25 kommen auf jede Pflegekraft vier Pflegebedürftige. Je höher die Betreuungsquote, desto höher der personelle Aufwand der ambulanten Dienste und stationären Einrichtungen je Pflegebedürftigen.

lich höher als in einem Kreis mit vorwiegend Vollzeitbeschäftigten, obwohl das geleistete Pflegevolumen gleich sein könnte. Um die Bedeutung regionalspezifischer Beschäftigungsstrukturen für die Betreuungsquote einschätzen zu können, sind in Tabelle 6 die kreisspezifischen Betreuungsquoten auf der Basis von Vollzeitäquivalenten (VZÄ) dargestellt.⁹

Auffällig ist, dass die kreisspezifischen Betreuungsquoten in relevantem Maße variieren. Insgesamt ist die Betreuungsquote in den stationären Einrichtungen erwartungsgemäß höher als bei den ambulanten Diensten.

sprechen dafür, dass die Beschäftigten dieser Kategorie zugeordnet werden vielschichtige Tätigkeiten erfüllen, die zwar nicht eindeutig zuzuordnen sind, aber einen relevanten Pflegebeitrag leisten.
⁸ Etwa 42 Prozent der in der Pflege Tätigen sind examinierte Alten- und Krankenpflegerinnen und -pfleger. 40 Prozent der Beschäftigten sind den Helferberufen zuzuordnen und die verbleibenden knapp 20 Prozent der Beschäftigten stammen aus sonstigen pflegerischen Berufen.
⁹ Vollzeitäquivalente bringen zum Ausdruck, wie hoch die Anzahl des Personals ausfallen würde, wenn alle Personen vollzeitbeschäftigt tätig wären. Um dieses bestimmen zu können, wird die Zahl der Beschäftigten in den verschiedenen Beschäftigungsformen mit einem spezifischen Faktor gewichtet (Teilzeitbeschäftigung mit über 50% Arbeitsleistung geht bspw. mit einem Faktor von 0,8 in diese Rechnung ein).



6 **Betreuungsquote in der ambulanten und stationären Pflege in Brandenburg in Vollzeitäquivalenten im Jahr 2011**

	stationär	ambulant
Brandenburg (Land)	0,51	0,35
Brandenburg an der Havel	0,56	0,54
Cottbus	0,51	0,42
Frankfurt (Oder)	0,58	0,33
Potsdam	0,50	0,34
Barnim	0,53	0,30
Dahme-Spreewald	0,48	0,33
Elbe-Elster	0,46	0,31
Havelland	0,57	0,35
Märkisch-Oderland	0,53	0,33
Oberhavel	0,51	0,29
Oberspreewald-Lausitz	0,56	0,37
Oder-Spree	0,53	0,37
Ostprignitz-Ruppin	0,49	0,37
Potsdam-Mittelmark	0,47	0,41
Prignitz	0,45	0,28
Spree-Neiße	0,47	0,37
Teltow-Fläming	0,51	0,36
Uckermark	0,48	0,34

Quelle: Pflegestatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen

In der stationären Pflege weist die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) 2011 die höchste Betreuungsquote auf: Mit einem Wert von 0,58 liegt der Personalaufwand in der stationären Versorgung in Frankfurt (Oder) klar über dem Brandenburger Durchschnitt von 0,51.

In der ambulanten Versorgung kommen im Landkreis Prignitz mit der niedrigsten Betreuungsquote im Jahr 2011 deutlich mehr als drei Pflegebedürftige auf ein Vollzeitäquivalent (Betreuungsquote von 0,28). In Brandenburg an der Havel sind es hingegen nur knapp 2 Pflegebedürftige pro Vollzeitäqui-

valent (Betreuungsquote von 0,54). Überdurchschnittlich hoch fallen ebenfalls die Betreuungsquoten in Cottbus (0,42), sowie im Landkreis Potsdam-Mittelmark (0,41) aus. Mit einer Betreuungsquote von 0,29 liegt dagegen der Landkreis Oberhavel noch deutlich unter dem Brandenburger Durchschnitt von 0,35.

Die für das Jahr 2011 zu diagnostizierenden Unterschiede in der Betreuungsquote bei den ambulanten Diensten gehen zu relevanten Teilen auf Entwicklungen der letzten 10 Jahre zurück.

Es zeigt sich, dass die Landkreise und kreisfreien Städte, die 2011 eine überdurchschnittlich hohe Betreuungsquote aufweisen, sich im Beobachtungszeitraum durch einen dynamischen Anstieg dieser Quote auszeichnen. In den Landkreisen mit der geringsten VZÄ-Betreuungsquote hingegen, sind die Betreuungsquoten – entgegen des Brandenburger Trends – in den letzten Jahren sogar zurückgegangen.¹⁰

In der stationären Versorgung stellt sich die Beschäftigungsentwicklung der letzten 10 Jahre etwas anders dar. Bei den stationären Einrichtungen ist eine leichte Annäherung der Kreisquoten an das Brandenburger Landesmittel zu beobachten – wobei offen bleiben muss, ob sich diese Entwicklung auch zukünftig fortsetzen wird.

Festzuhalten bleibt, dass sowohl der Personalbestand als auch die Entwicklung der kreisspezifischen Betreuungsquoten auf regionale Unterschiede in der personellen Ausstattung (vor allem bei den ambulanten Diensten) hinweist. Nicht nur der Personaleinsatz je Pflegebedürftigen variiert, sondern auch die Beschäftigungsdynamik in den Diensten unterscheidet sich. Die für die Landkreise und kreisfreien Städte identifizierten Unterschiede dürften zwischen einzelnen Betrieben noch deutlich höher ausfallen, was auf relevante Gestaltungsspielräume bei der betrieblichen Personalplanung hinweist.

¹⁰ Wobei der Rückgang der Betreuungsquote sich in einigen Fällen durch das hohe Ausgangsniveau im Jahr 2001 erklären dürfte und damit für notwendige Strukturanpassung des Personaleinsatzes in diesen Landkreisen steht.



3. Pflegelandschaft 2030 – eine Projektion für das Land Brandenburg unter Status-Quo-Bedingungen

Definitionen

Kompressionsthese

Bewusstere Lebensführung und die weitere Verbesserung der medizinischen Versorgung führen dazu, dass der Zugewinn an Lebensjahren mit einer Verringerung des Pflegerisikos (in den meisten Altersgruppen) einhergeht. Wahrscheinlich ist, dass sich der Rückgang der Pflegeprävalenz zwischen den Altersgruppen und den Geschlechtern unterscheiden würde. Denkbar wäre auch, dass die Pflegeprävalenz bei den Hochbetagten trotz Kompression der Pflegebedürftigkeit zunimmt. Im Falle der Kompression von Pflegebedürftigkeit würden der Altersstruktureffekt (Anstieg der Zahl an Pflegebedürftigen infolge des demografischen Wandels) und der Prävalenz-Niveau-Effekt (Pflegewahrscheinlichkeit je Altersgruppe) kompensierend aufeinander Wirken.

Medikalisierungsthese

Neben dem Zugewinn an Lebensjahren wird es zu einem Anstieg des Pflegerisikos kommen. Hierbei wird davon ausgegangen, dass es trotz der Erhöhung der Lebenserwartung aufgrund von sich ändernder Lebens- und Ernährungsgewohnheiten (hierzu Goldman et al. 2005) zu einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes (im Alter) kommt, was einen Anstieg der altersspezifischen Pflegeprävalenz zur Folge hätte.

Status-Quo-Hypothese

Das Pflegerisiko je Altersgruppe ist stabil und wird sich auch in Zukunft nicht verändern. Ein Anstieg des Pflegebedarfs ist in Brandenburg auch unter Status-Quo-Bedingungen zu erwarten, da die Alterung der Bevölkerung eine relative Zunahme der älteren Bevölkerungsgruppen zur Folge hat, was bei stabiler Pflegeprävalenz zu einem steigenden Pflegebedarf führen würde (Altersstruktureffekt).

Das im Folgenden beschriebene Basis-szenario verdeutlicht, welche Pflege- und Fachkräftebedarfe in Brandenburg entstehen würden, wenn die aktuellen Verhältnisse stabil blieben.

Kernthese der Brandenburger Fachkräfte-studie Pflege ist jedoch, dass die Entstehung von und der Umgang mit Pflegebedürftigkeit (etwa die Mobilisierung nachbarschaftlicher Hilfsstrukturen, die Koordinierung verfügbarer Leistungen und Hilfen sowie Möglichkeiten der Rehabilitation) im nachbarschaftlichen Zusammenhang und im Quartier gestaltbar sind. Darüber hinaus führt die Weiterentwicklung der betrieblichen und überbetrieblichen sowie berufsprofessionellen Organisation von Pflegeprozessen zu einer fortlaufenden Veränderung von Versorgungsstrukturen. Entsprechend soll die Projektion nicht als „Schreckensszenario“ missverstanden werden. Wie bereits eingangs erläutert geht es vielmehr darum, Handlungsbedarfe zu verdeutlichen und Gestaltungsfelder aufzuzeigen.

Schritte der Projektion

Ausgangsannahme der Projektion ist, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen dem Alter und der Wahrscheinlichkeit der Pflegebedürftigkeit gibt. Entsprechend wurde in einem ersten Arbeitsschritt ermittelt, wie hoch die Wahrscheinlichkeit der Pflegebedürftigkeit in ausgewählten Altersgruppen¹¹ im Jahr 2011 war. Da sich die Pflegeprävalenz zwischen den Geschlechtern unterscheidet, wurde die Berechnung für die weibliche und die männliche Bevölkerung getrennt vorgenommen (vgl. Tabelle 7).

¹¹ Die Einteilung der Altersgruppen orientiert sich an anderen Untersuchungen zum Thema (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2010) und ermöglicht damit eine Vergleichbarkeit der Berechnungsergebnisse.

Die Tabellen zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit der Pflegebedürftigkeit mit dem 75. Lebensjahr sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern stark zunimmt.

Frauen sind dabei stärker von Pflegebedürftigkeit betroffen als Männer, was in der höheren Pflegequote von Frauen in höheren Altersgruppen begründet liegt.

Insgesamt liegt die Pflegewahrscheinlichkeit in Brandenburg im Jahr 2011 bei 3,8 Prozent. Der Bundesländervergleich zeigt, dass bei der Brandenburger Bevölkerung die Häufigkeit der Pflegebedürftigkeit mit am höchsten ist und deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt.

Aufbauend auf der Auswertung der Pflegewahrscheinlichkeit je Altersgruppe wurde geprüft, wie sich dieser Zusammenhang zwischen 2001 und 2011 entwickelt hat. Es sollte geklärt werden, ob im Zeitverlauf eine

Verschiebung der Pflegebedürftigkeit hin zu älteren Altersgruppen – entsprechend der Kompressionsthese – zu beobachten ist (Tabelle 8).

Tabelle 8 zeigt, dass der Anteil an Pflegebedürftigen an der weiblichen und männlichen Bevölkerung in allen hier betrachteten Altersgruppen in den letzten 10 Jahren (leicht) gestiegen ist. Dass es bei den 75- bis 80-Jährigen (und auch bei den 80- bis 85-Jährigen) zwischen 2001 und 2011 nicht zu einem Rückgang des Anteils an Pflegebedürftigen gekommen ist, widerspricht der Annahme, dass sich Pflegebedürftigkeit auf eine spätere Lebensphase verdichtet.

Entsprechend liegt für Brandenburg kein empirischer Hinweis auf die Gültigkeit der Kompressionsthese vor. Auch die Medikalisierungsthese lässt sich auf Basis der zu beobachtenden Entwicklungen nicht empirisch stützen. Daher orientiert sich die folgende

7 Pflegeprävalenz in Brandenburg im Jahr 2011 nach Alter und Geschlecht

Alter in Jahren	Männlich			Weiblich		
	Bevölkerung	Pflegebedürftige	Anteil Pflegebedürftige	Bevölkerung	Pflegebedürftige	Anteil Pflegebedürftige
unter 15	150 575	1 367	0,9%	143 096	879	0,6%
15–60	769 917	5 277	0,7%	716 501	4 244	0,6%
60–65	78 249	1 892	2,4%	78 813	1 473	1,9%
65–70	62 575	2 356	3,8%	68 641	2 242	3,3%
70–75	82 515	4 912	6,0%	96 808	5 795	6,0%
75–80	52 153	5 865	11,2%	68 288	9 670	14,2%
80–85	28 001	5 986	21,4%	46 344	14 158	30,5%
85–90	9 402	3 592	38,2%	26 952	14 389	53,4%
90+	3 360	1 821	54,2%	13 445	10 052	74,8%
Gesamt	1 236 747	33 068	2,7%	1 258 888	62 902	5,0%

Quelle: Sonderauswertungen der Bevölkerungsstatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg und Pflegestatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen



8 Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung nach Geschlecht in ausgewählten Altersgruppen zwischen 2001 und 2011 – Prüfung der Kompressionsthese

	2001	2011	2001 bis 2011
Männer			
75 bis unter 80	12,6%	14,2%	+1,6%
80 bis unter 85	26,2%	30,5%	+4,4%
85 bis unter 90	49,9%	53,4%	+3,5%
90 und älter	71,0%	74,8%	+3,7%
Frauen			
75 bis unter 80	10,3%	11,2%	+1,0%
80 bis unter 85	18,6%	21,4%	+2,8%
85 bis unter 90	36,9%	38,2%	+1,3%
90 und älter	53,5%	54,2%	+0,7%

Quelle: Pflegestatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen

Projektion an der Status-Quo-Hypothese und geht davon aus, dass der Zusammenhang zwischen Alter und Pflegebedürftigkeit zukünftig auf dem Niveau von 2011 verharren wird.

In einem zweiten Arbeitsschritt wurde der ermittelte Anteil an Pflegebedürftigen innerhalb der Altersgruppen auf die altersdifferenzierte Bevölkerungsprognose bis 2030 des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg angewendet. Zusätzlich wurden bei der Projektion die alters- und geschlechtsspezifischen Anteile der Versorgungsformen in Brandenburg (Pflegegeld, Nutzung eines ambulanten Pflegedienstes, Unterbringung in einer stationären Einrichtung) berücksichtigt. Auch hierbei wurden die Verhältnisse des Jahres 2011 bis zum Jahr 2030 fortgeschrieben.

Wie Abbildung .nl 4 zeigt, ist nach den hier getroffenen Annahmen in allen Versorgungsarten mit einem Anstieg der Zahl der Pflege-

bedürftigen zu rechnen. Insgesamt würde die Zahl der Pflegebedürftigen von etwa 96 000 im Jahr 2011 auf fast 163 000 Personen in 2030 steigen, was einer relativen Zunahme von annähernd 60 Prozent entspricht.

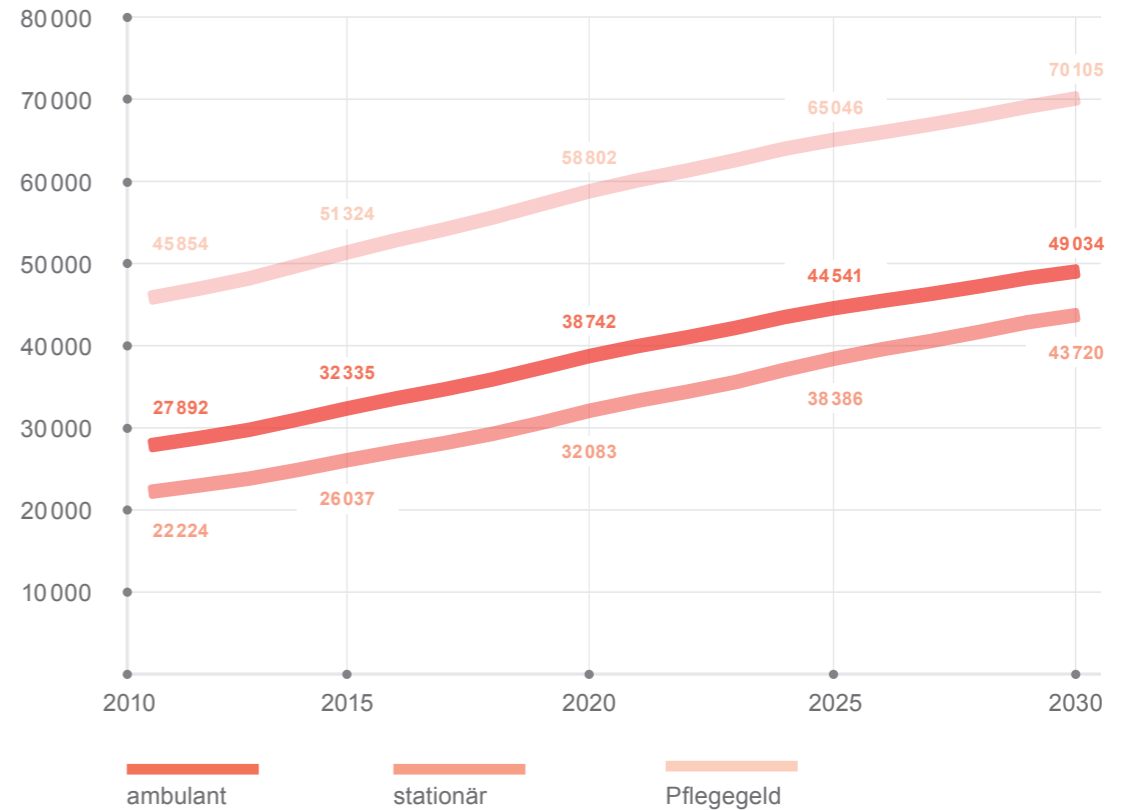
Aufbauend auf den in Kapitel 2 skizzierten Betreuungsquoten¹² sowie der Projektion der Zahl an Pflegebedürftigen nach Art der Betreuung bis zum Jahr 2030 lässt sich in einem dritten Arbeitsschritt abschätzen, wie sich der Personalbedarf in den ambulanten Diensten (Abbildung .nl 5) und stationären Einrichtungen (Abbildung .nl 6) bis zum Jahr 2030 unter Status-Quo-Bedingungen darstellen würde.

Um den besonderen Beschäftigungsbedingungen in der Pflege (hoher Anteil an Teilzeitbeschäftigung) Rechnung zu tragen, wird die Vorausberechnung sowohl auf Basis von Beschäftigten als auch für die entsprechenden Vollzeitäquivalente durchgeführt.

¹² Da in den letzten Jahren kein signifikanter Rückgang der Betreuungsquoten (sowohl in Personen als auch in Vollzeitäquivalenten) in Brandenburg zu beobachten war, stützt sich die Projektion des zukünftigen Personalbedarfs ebenfalls auf die Werte von 2011.



4 Projektion der Zahl der Pflegebedürftigen nach Art der Versorgung in Brandenburg bis 2030 (Anzahl)



Quelle: Bevölkerungsstatistik und Pflegestatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen

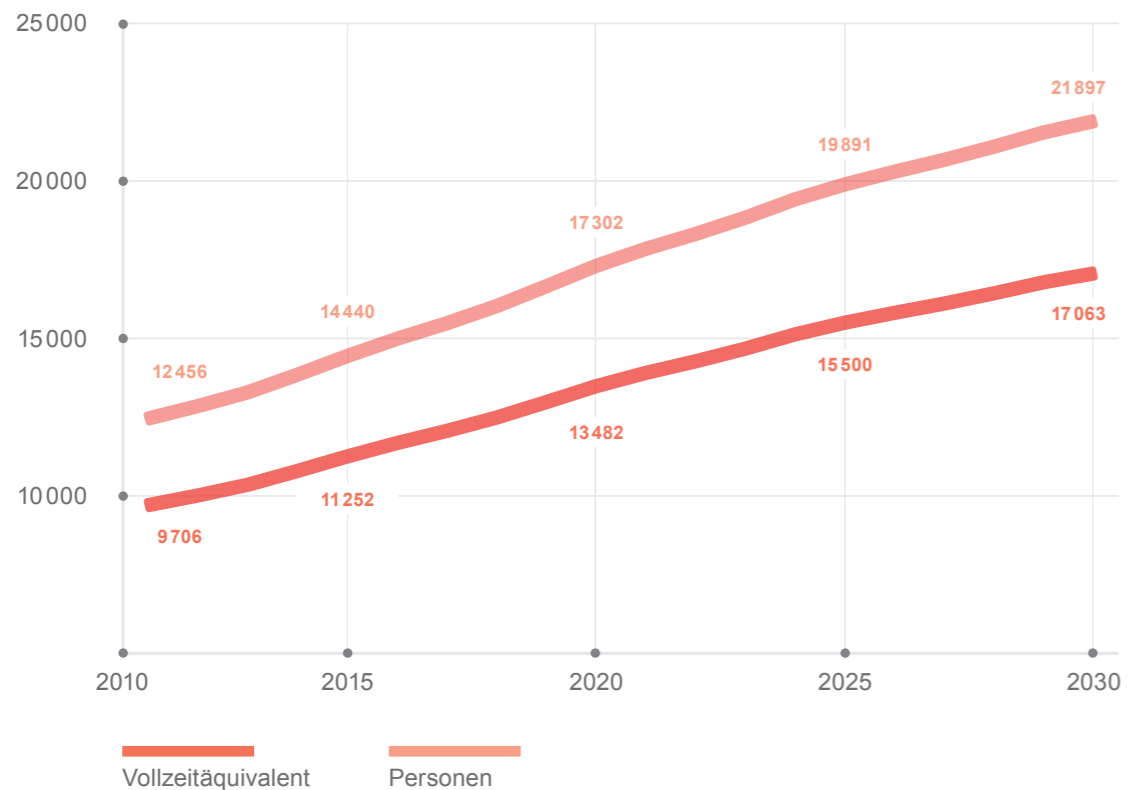
Einschränkend ist zu erwähnen, dass hierbei von stabilen Beschäftigungs- und Organisationsstrukturen in der Pflege ausgegangen wird. Das hat u.a. zur Folge, dass in der Projektion eine Zunahme der Zahl Pflegebedürftiger zu einem gleichmäßigen Personalaufwuchs in allen Tätigkeitsbereichen der Pflege (also nicht nur in der pflegerischen Versorgung, sondern auch im Bereich Leitung) führt. Da dies wenig plausibel ist, können undifferenzierte Fachkräftebedarfsprognosen nur einen groben Überblick über zukünftige Bedarfe geben.

Der Personalbedarf der ambulanten Dienste würde bei stabiler Betreuungsquote und Beschäftigungsstruktur von etwa 12 500 Perso-

nen im Jahr 2011 auf fast 22 000 Personen in 2030 steigen. Das entspricht einer Zunahme des Personalbedarfs um 76 Prozent. Infolge des Beschäftigungswachstums würden auch die Gestaltungsspielräume im Bereich der Beschäftigungsverhältnisse (Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung) zunehmen. 2011 liegt nach den hier getroffenen Annahmen der reale Personalbedarf 2 750 Personen über den benötigten Vollzeitäquivalenten: Wenn 2011 alle Beschäftigten in der ambulanten Pflege vollzeitbeschäftigt wären, würde man 2 750 Personen weniger in den ambulanten Diensten benötigen, um die gleiche Versorgungsleistung bereitstellen zu können. 2030 würde der Unterschied schon fast 4 850 Personen betragen.



5 Projektion zur Beschäftigung in der ambulanten Pflege in Brandenburg bis 2030 (Anzahl)



Quelle: Bevölkerungsstatistik und Pflegestatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen

Die Entwicklungen in der stationären Versorgung würden unter den getroffenen Annahmen vergleichbar ausfallen (vgl. Abbildung 6).

Wenn Betreuungsquoten und Beschäftigungsstrukturen auf dem Stand von 2011 blieben, würde der Fachkräftebedarf in der stationären Versorgung in Brandenburg von knapp 16 500 Beschäftigten im Jahr 2011 auf etwa 32 000 Beschäftigte in 2030 steigen. Das entspräche einer Zunahme des Personalbedarfs um ca. 94 Prozent.

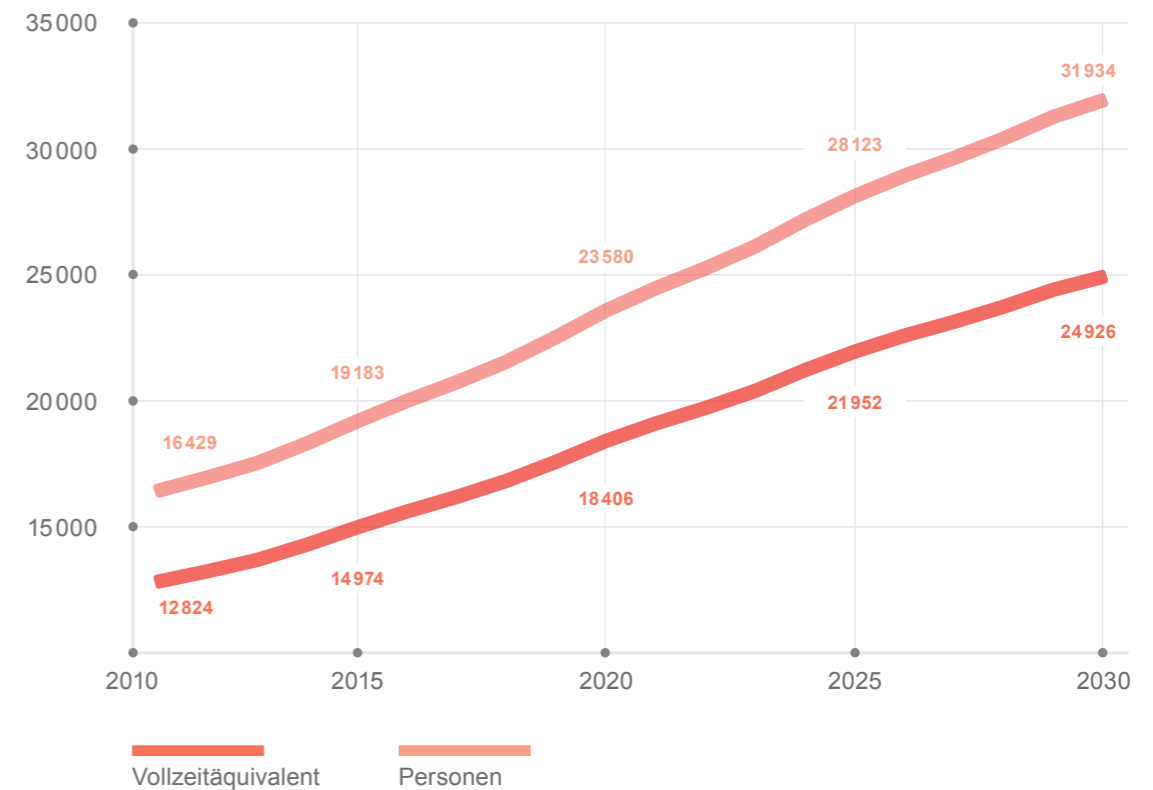
Da die Beschäftigtenzahlen in der stationären Pflege deutlich über den Werten in der ambulanten Pflege liegen, wirkt sich die prognostizierte Entwicklung auch stärker auf

den Unterschied zwischen Personen und Vollzeitäquivalenten aus. 2011 liegt der reale Personalbedarf 3 600 Personen über den benötigten Vollzeitäquivalenten: Wenn 2011 alle Beschäftigten in der stationären Pflege Vollzeitbeschäftigt wären, würde man 3 600 Personen weniger in den stationären Einrichtungen benötigen, um die gleiche Versorgungsleistung bereitstellen zu können. 2030 würde der Unterschied schon fast 7 000 Personen betragen.

In der stationären Versorgung liegen damit nicht nur die absoluten Zahlen über den Werten der ambulanten Versorgung. Da Vollzeitbeschäftigung in der stationären Pflege eine geringere Rolle spielt als in der ambulanten Pflege¹³, wächst auch die Differenz



6 Projektion zur Beschäftigung in der stationären Pflege in Brandenburg bis 2030 (Anzahl)



Quelle: Bevölkerungsstatistik und Pflegestatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen

zwischen Personen und Vollzeitäquivalenten in der stationären Pflege stärker als in der ambulanten Versorgung.

Wie erwähnt, geben diese Projektionen aus verschiedenen Gründen nur einen groben Eindruck vom zukünftigen Personalbedarf in der ambulanten und stationären Pflege. Da sich eine steigende Zahl an Pflegebedürftigen auf die verschiedenen Tätigkeitsbereiche und Berufsgruppen innerhalb der Pflege auch zukünftig unterschiedlich auswirken dürfte – mehr Pflegebedürftige lassen einen Anstieg der Zahl an Pflegekräften erwarten,

nicht aber unbedingt einen entsprechenden Zuwachs an Leitungspersonal – bieten tätigkeitsspezifische Fachkräftebedarfsprognosen einen deutlich genaueres Bild von möglichen Herausforderungen künftiger Personalpolitik in Pflegeunternehmen.

Der Blick auf die Entwicklung der tätigkeitsspezifischen Betreuungsquoten zwischen 2001 und 2011 legt es wiederum nahe, bei der Vorausberechnung des Personalbedarfs in der pflegerischen Versorgung von den Zahlen aus dem Jahr 2011 auszugehen.

¹³ Im Jahr 2011 haben in ambulanten Einrichtungen 36,2 Prozent der Beschäftigten eine Vollzeitstelle. In den stationären Einrichtungen sind nur 30,9 Prozent vollzeitbeschäftigt.



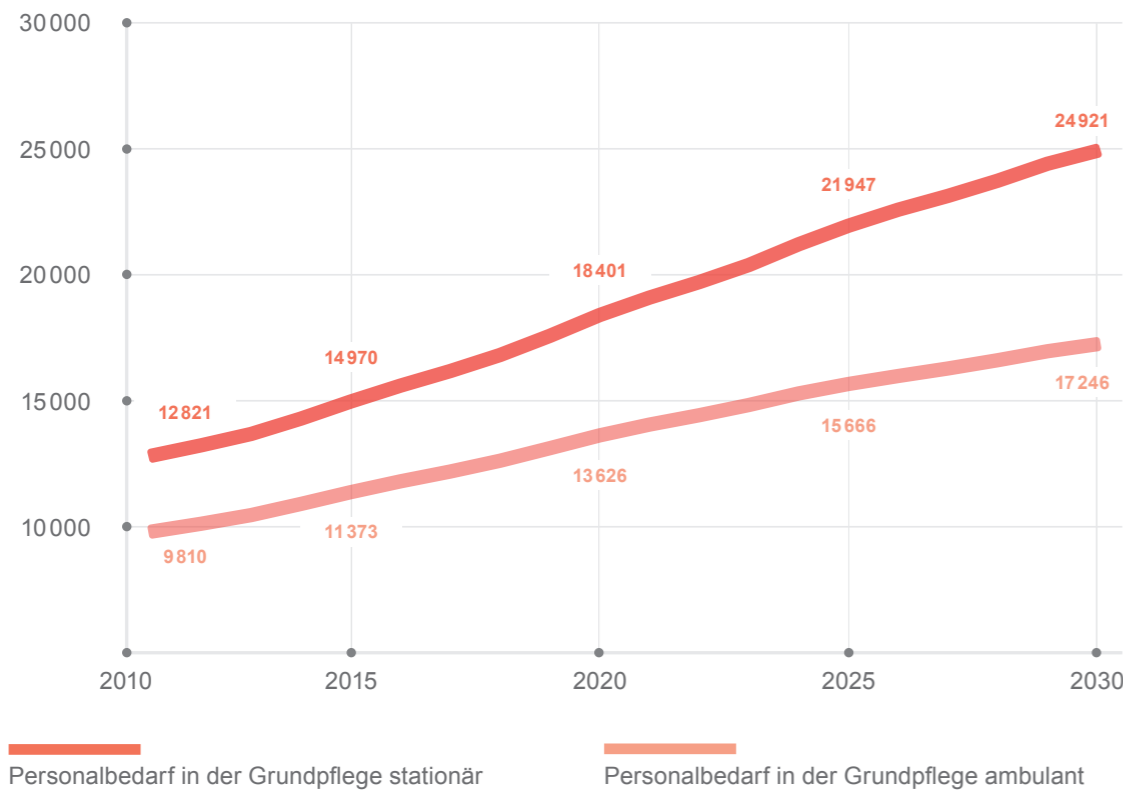
Die Abbildung 7 zeigt, wie sich der zukünftige Personalbedarf in der Pflege (ambulant und stationär)¹⁴ bei unveränderten Rahmenbedingungen entwickeln würde. Zusätzlich wurde der jährliche Bedarf an Personalzuwachs (der sog. Erweiterungsbedarf) ermittelt (Abbildung 8). Hierfür wurde von den Beschäftigtenzahlen des jeweiligen Beobachtungsjahres die Beschäftigtenzahl des jeweiligen Vorjahres abgezogen.

Bei stabilen Pflege- und Versorgungsstrukturen würde die Zahl der in der ambulanten Grundpflege tätigen Personen von etwa

9800 im Jahr 2010 auf gut 17200 im Jahr 2030 steigen. Der jährliche Mehrbedarf würde zwischen etwa 300 und 500 Personen schwanken.

Die Berechnungen für die stationäre Versorgung führen zu tendenziell vergleichbaren Ergebnissen: Unter Status-Quo-Bedingungen (sowohl was die Pflegeprävalenz, als auch die Beschäftigungsstrukturen in der stationären Pflege angeht) würde der Personalbedarf im Bereich Pflege und Betreuung in den Pflegeheimen von knapp 13000 Personen in 2010 auf fast 25000 Personen

7 Personalbedarfe in der ambulanten und stationären Versorgung im Bereich Pflege (alle Berufe) – (Anzahl)

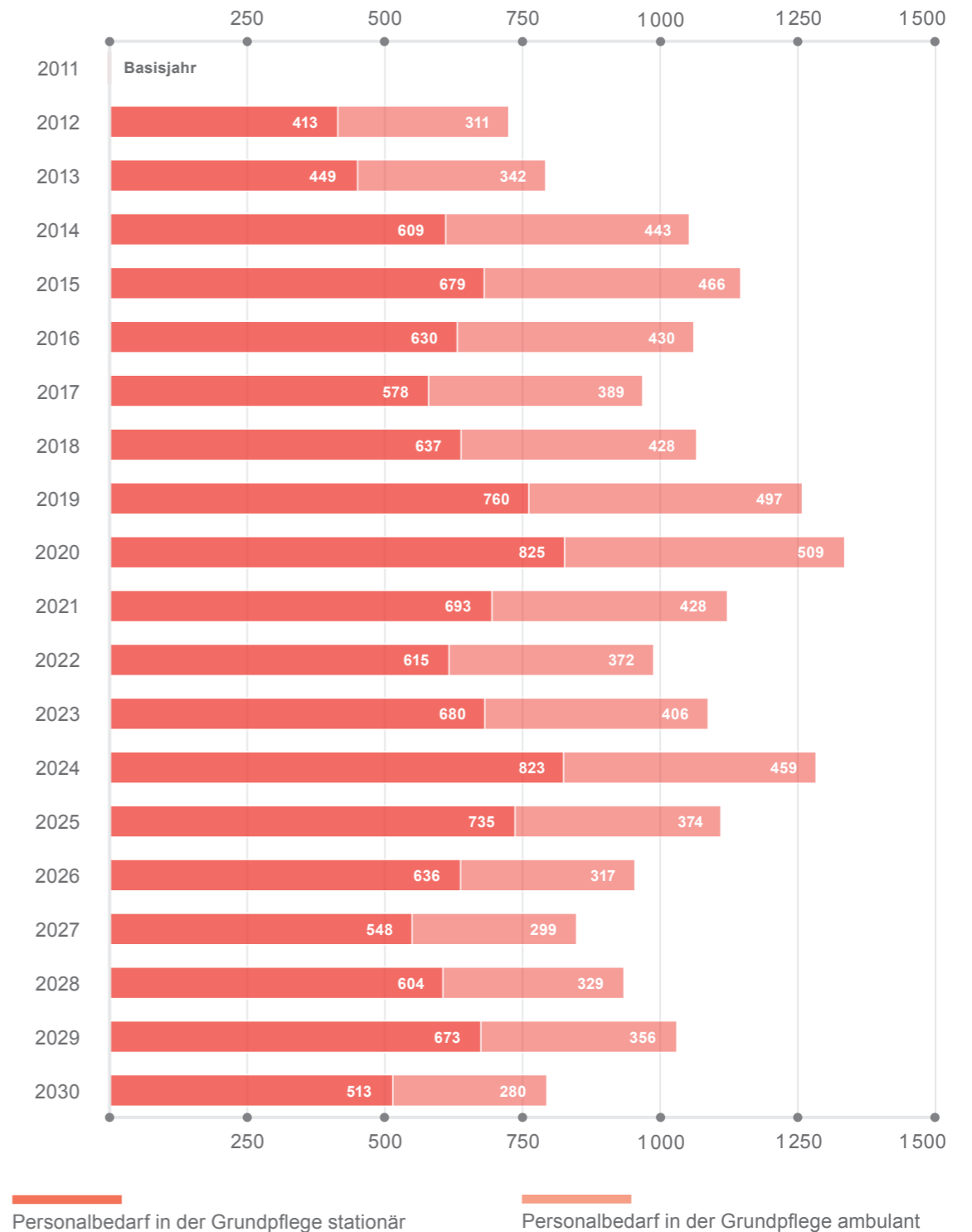


Quelle: Bevölkerungsstatistik und Pflegestatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen

¹⁴ Für die ambulante Pflege wurden die Tätigkeitsbereiche „Grundpflege“ und „Hauswirtschaftliche Versorgung“ berücksichtigt. Für die stationäre Pflege wurden die Tätigkeitsbereiche „Pflege und Betreuung“, „soziale Betreuung“ und „zusätzliche Betreuung nach § 87 b“ einberechnet.



8 Jährliche Personalmehrbedarfe in der ambulanten und stationären Versorgung im Bereich Pflege (alle Berufe) – (Anzahl)



Quelle: Bevölkerungsstatistik und Pflegestatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen

in 2030 steigen. Der jährliche Mehrbedarf würde sich etwa zwischen 400 und 800 Personen bewegen.

Der Gesamtpersonalbedarf im Bereich der pflegerischen Versorgung würde sich unter Status-Quo-Bedingungen entsprechend wie folgt darstellen:

Insgesamt würde der Personalbedarf in der Brandenburger Pflege zwischen 2011 und 2030 von ca. 22600 Personen auf über 42000 Personen, also um gut 86 Prozent, steigen. Es wäre mit einem jährlichen Mehrbedarf zwischen 700 und 1300 Personen zu rechnen. Hierbei handelt es sich ausschließlich um Erweiterungsbedarfe. Ersatzbedarfe infolge von Berufsaussteigern (Verrentung, Berufswechsel etc.) wurden in dieser Rechnung nicht berücksichtigt.

Neben dem zusätzlichen Ersatzbedarf ist auch zu berücksichtigen, dass es sich bei den ermittelten Kenngrößen ausschließlich um den Personalbedarf im Bereich der Pflege nach SGB XI handelt. Pflegepersonal wird aber auch in der Gesundheitsversorgung und hier im Besonderen in den Krankenhäusern benötigt.

Die Einrichtungen der ambulanten und stationären Pflege werden zukünftig mit hoher Wahrscheinlichkeit in einem sich zunehmend verschärfenden Konkurrenzkampf um Pflege(fach)kräfte stehen, welcher nach innovativen Personalentwicklungskonzepten und Beschäftigungsmodellen verlangen wird.

Die Zahl der Pflegebedürftigen ist in Brandenburg und seinen Landkreisen in den letzten 10 Jahren beständig gestiegen, wenn auch mit regionalspezifischer Entwicklungsdynamik. Entsprechend der Bevölkerungsentwicklung ist es zu einem starken Anstieg des Anteils an Pflegebedürftigen an der Bevölkerung zwischen 2001 und 2011 gekommen.

Die Art der Versorgung dürfte stark durch regionale Versorgungsstrukturen geprägt sein. Festzuhalten ist jedoch, dass in Brandenburg das Gros der Bedürftigen durch ambulante Strukturen (auf Basis von Pflegegeld oder durch ambulante Dienste) versorgt wird. Die Schwere der Pflegebedürftigkeit entsprechend der drei Pflegestufen ist hierbei im Zeitverlauf relativ stabil.

Aufgrund der vielschichtigen Gründe für Pflegebedürftigkeit (und Pflegeprävalenz) sowie der methodischen Schwächen lassen sich aus der Pflegestatistik nur erste Hinweise auf kausale Entwicklungszusammenhänge ableiten. Je kleinräumiger die Analysen sind (etwa auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte), desto größer werden die methodisch bedingten Unschärfen der Datenaufbereitung. Da Pflegebedürftigkeit in der Region entsteht und die Gemeinden und Kommunen in Brandenburg immer mehr vor der Aufgabe stehen, sich mit innovativen Ansätzen dieser Herausforderung zu stellen, bedarf es einer intensiven Diskussion über mögliche Gestaltungsansätze und -maßnahmen vor Ort. Die Pflegestatistik kann helfen den grundsätzlichen Problemrahmen zu beschreiben und auf denkbare Handlungsfelder verweisen.

Der Trend hin zu größeren Betriebseinheiten in der ambulanten Versorgung legt die Annahme nahe, dass auch in diesem Bereich betriebswirtschaftliche Aspekte mehr und mehr zum Tragen kommen. Inwieweit

diese Entwicklung mit zunehmenden Anfahrtszeiten verbunden ist – und ob diese ggf. betriebsorganisatorisch kompensiert werden können – oder eher auf die Zunahme an Pflegebedürftigkeit vor Ort zurück geht, ist offen.

Das Wachstum bei den stationären Einrichtungen im berlinnahen Raum dürfte auch in der Versorgungsfunktion, die Brandenburger Einrichtungen auch für Berlin übernehmen, begründet liegen. Das in den peripheren Regionen Brandenburgs eher kleinere Betriebseinheiten entstehen, kann ein Hinweis dafür sein, dass auch im Falle der stationären Versorgung wohnortnahe Lösungen von den Pflegebedürftigen bevorzugt werden.

Die Beschäftigungsentwicklung in den ambulanten Diensten und stationären Einrichtungen fällt zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten unterschiedlich aus. Die zu beobachtende Dynamik dürfte sowohl mit regionalspezifischen Bedarfslagen als auch mit dem jeweiligen Ausgangsniveau sowie der besonderen Marktlage (bspw. Nähe zu Berlin) zu tun haben. Aufgrund der Vielschichtigkeit der Nachfragebedingungen und Marktstrukturen sind auch zukünftig regional voneinander abweichende Entwicklungsverläufe wahrscheinlich.

Dass der Anteil des Pflegepersonals bezogen auf alle in den ambulanten Diensten und stationären Einrichtungen Beschäftigten überdurchschnittlich zugenommen hat, dürfte u. a. dem Bedeutungsgewinn größerer Betriebseinheiten geschuldet sein. In größeren Betrieben verschiebt sich tendenziell das Verhältnis zwischen Leitungs- und Pflegepersonal zu Gunsten des Pflegepersonals: ein zunehmender Bedarf an Pflegeleistungen erzeugt in der Regel nicht den gleichen Anstieg an Leitungsaufgaben in den Einrichtungen. Inwieweit sich hinter dem Bereich

der „sonstigen Tätigkeiten“ eher komplexe (und ggf. innovative) Tätigkeitszuschnitte oder eher wenig anspruchsvolle Pflegehilfsarbeiten verbergen, lässt sich auf Basis der Pflegestatistik nicht klären.

Der Vergleich der Betreuungsquoten in Vollzeitäquivalenten zeigt, dass es in Brandenburg relevante Unterschiede im Personalaufwand in der ambulanten Pflege gibt. Da die aktuellen Unterschiede in der VZÄ-Betreuungsquote im Wesentlichen auf die Entwicklung der letzten 10 Jahre zurück geht, liegt die Annahme nahe, dass hierfür u.a. unterschiedliche Marktlagen und der damit einhergehende Rationalisierungsdruck verantwortlich sind. Die zu beobachtenden unterdurchschnittlichen Betreuungsquoten dürften entsprechend auch durch eine überdurchschnittliche Leistungsverdichtung und Arbeitsbelastung zu erklären sein. Auf der anderen Seite verweisen die Entwicklungen auf Gestaltungsspielräume im Personaleinsatz in der ambulanten Versorgung.

Die sich in den Landkreisen und kreisfreien Städten annähernden VZÄ-Betreuungsquoten in der stationären Pflege deuten darauf hin, dass in diesem Versorgungssegment die Spielräume im Personaleinsatz geringer sind als in der ambulanten Pflege.

Da sich keine empirischen Hinweise auf die Gültigkeit der Kompressions- bzw. der Medikalisierungsthese in Brandenburg finden lassen, ist die Projektion der zukünftigen Zahl an Pflegebedürftigen auf Basis der Status-Quo-Annahme durchaus plausibel. Die derart berechneten Projektionen sollen aber nicht die Gestaltbarkeit zukünftiger Entwicklungsverläufe verdecken.

Aufgrund des demografischen Wandels ist in Zukunft mit einem starken Anstieg der Zahl an Pflegebedürftigen in Brandenburg zu rechnen.

Entsprechend der Zunahme an Pflegebedürftigen käme es unter der Annahme stabiler Betreuungsquoten zu einer stark steigenden Nachfrage nach Pflege(fach)kräften bis 2030. Je nach Beschäftigungsstrukturen (Vollzeit oder Teilzeitbeschäftigung) wird der zukünftig entstehende Personalbedarf variieren.

Neben wachstumsbedingten Erweiterungsbedarfen wird es zukünftig in der Pflege einen relevanten Ersatzbedarf infolge von Verrentung und Berufswechseln geben. Entsprechend ist von einem hohen jährlichen Personalbedarf in der Brandenburger Pflege auszugehen, der mit den aktuellen Aus- und Weiterbildungsanstrengungen immer weniger zu befriedigen sein dürfte.

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2012): *Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen sowie Empfänger von Pflegeleistungen im Land Brandenburg 2011*. Statistischer Bericht K VII 1-2j / 11, Potsdam

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2013): *Pflegestatistik Brandenburg*. Mehrere Jahrgänge (in Teilen unveröffentlicht)

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2013): *Fortschreibung des Bevölkerungsstandes* (in Teilen unveröffentlicht)

Goldman, D. P., Shang, B., Bhattachary, J., Garber, A. M., Hurd, M., Joyce, G. F., Lakdawalla, D. N., Panis, C. und P. G. Shekelle (2005). *Consequences of Health Trends and Medical Innovation for the Future Elderly*, *Health Affairs*, 24 (2)

Landesamt für Bauen und Verkehr (2012): *Bevölkerungsprognose für das Land Brandenburg 2011 bis 2030*. Statistik Berlin-Brandenburg A I 8–11, Potsdam

Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2010): *Gemeinsame Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg*, Potsdam

sozialspezial ist eine Veröffentlichungsreihe des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (MASF).

Im Rahmen der Sozialberichterstattung (SBE) werden hier in loser Folge sozialpolitische Themen behandelt und die Ergebnisse anhand von Daten und Fakten in kurzer

Statistisches Bundesamt (2013): *Pflegestatistik 2011. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Deutschlandergebnisse*, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2013): *Pflegestatistik 2011. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Ländervergleich – Pflegebedürftige*, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2013): *Pflegestatistik – Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen: Grunddaten, Personalbestand, Pflegebedürftige, Empfänger und Empfängerinnen von Pflegegeldleistungen*, eingesehen unter: http://www.gbe-bund.de/gbe10/hrecherche.prc_herkunft_rech?tk=51310&tk2=51311&p_fid=416&p_uid=gast&p_aid=71274170&p_sprache=D&cnt_ut=1&ut=51311, am 04.02.2013

Form vorgestellt. Die Veröffentlichungen in der Reihe **sozialspezial** werden auch als Download (Rubrik Publikationen) unter folgenden Internetadressen angeboten:

www.masf.brandenburg.de

www.sbe.brandenburg.de



**Ministerium für Arbeit, Soziales,
Frauen und Familie des Landes Brandenburg**

Öffentlichkeitsarbeit

Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam
www.masf.brandenburg.de

Erarbeitet von: Ministerium für Arbeit, Soziales,
Frauen und Familie des Landes Brandenburg
Referat „Seniorenpolitik, Pflege, Heimrecht, Altenpflegeberufe“,
Herr Dr. Carsten Kampe

Layout: vantronye – visuelle kommunikation
Druck: Chromik Offsetdruck, Frankfurt (Oder)
Auflage: 750

März 2013

Eine Veröffentlichung im Rahmen der Sozialberichterstattung
des Landes Brandenburg (www.sbe.brandenburg.de)